



Raphael Tigges

MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN



CDU

Bericht aus dem Landtag in Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

das große Thema der Woche war die Unterrichtung der Landesregierung zu den Luftreinhalteplänen um Fahrverbote zu vermeiden. Unser Ministerpräsident Armin Laschet hat dazu die Pläne der Landesregierung vorgestellt: und zieht das Fazit „Angesichts der Maßnahmen die Bund, Länder und Kommunen bereits beschlossen habe, sowie externen Faktoren, die mit dem Fahren nicht zusammenhängen, sowie der bereits verbesserten Werte, wären Fahrverbote in NRW unverhältnismäßig.“ Der Ministerpräsident mahnte vor allem an, nicht immer wieder aufs Neue durch die Diskussion über Fahrverbote bei der Bevölkerung und der heimischen Wirtschaft für Verunsicherung und Panik zu sorgen.

Zu einer Situation der Missachtung der Parlaments und der Regeln der Demokratie kam es zudem am Mittwoch morgen bei der Wahl des neuen Verfassungsrichters, Herrn Dr. Matthias Peter Röhl und seinem Stellvertreter Herrn Benno Scharpenberg. Unter dem Vorwand nicht genügend Zeit zur Prüfung dieser Personalien gehabt zu haben, verließ die AfD den Saal, ein wie so häufig ungebührliches Verhalten.

Herzliche Grüße

Ihr Raphael Tigges

Entfesselungspaket 1 in zweiter Lesung

Weniger Bürokratie wird die Wirtschaftskräfte in Nordrhein-Westfalen entfesseln. Am Mittwoch haben wir als Regierungsfractionen von CDU und FDP im Düsseldorfer Landtag das entsprechende Gesetzespaket verabschiedet. Damit werden 13 Gesetze und drei Rechtsverordnungen vereinfacht oder sogar abgeschafft.

Unter anderem wird die Zahl der maximal erlaubten verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage, an denen die Geschäfte von 13 Uhr bis zu fünf Stunden lang öffnen dürfen, auf acht pro Jahr verdoppelt. Innerhalb einer Gemeinde dürfen künftig 16 statt bislang elf Sonn- und Feiertage freigegeben werden. Auch wenn meine persönliche christliche Einstellung dies kritisch betrachtet, ist dies ein guter Kompromiss. Außerdem wird die «Hygiene-Ampel» in der Lebensmittelkontrolle abgeschafft und eine elektronische Gewerbeanmeldung ermöglicht. Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart erklärte, dass dies über eine Million Stunden für Bürokratie spart. Die Vorschriften zur Vergabe öffentlicher Aufträge werden vereinfacht. Und es geht noch weiter: Ein zweites Entfesselungspaket mit 23 weiteren Entbürokratisierungsmaßnahmen ist schon auf dem Weg.

Die Landesregierung in NRW stellt bis 2022 eine Förderung von bis zu 4 Milliarden Euro in Aussicht

Nordrhein-Westfalen hält Wort in Sachen Stärkung des öffentlich-geförderten Wohnungsbaus. In der letzten Woche wurden die neuen Zahlen für den öffentlich-geförderten Wohnungsbau vorgestellt. Eine Garantie für den Mietwohnungsneubau, die neu aufgestellte Eigentumsförderung für junge Familien, eine modernisierte Bestandsförderung und ein neues Förderangebot für die Schaffung von rollstuhlgerechtem Wohnraum zeigen: Die Landesregierung bringt einen öffentlich-geförderten Wohnungsbau auf den Weg, der diesen Namen auch verdient!

Von den jetzigen Plänen profitiert auch der Kreis Gütersloh nicht unerheblich: Denn für den öffentlich geförderten Wohnungsbau stehen im laufenden Jahr insgesamt knapp 11,3 Millionen Euro bereit. Damit werden sowohl junge Familien in der Eigenheimfindung unterstützt wie auch jene, die den dringend benötigten Mietwohnraum zu schaffen bereit sind. Sie alle erhalten jetzt Verlässlichkeit und Planungssicherheit auch für die Jahre bis 2022. Auch der Bund wird sich in 2020 und 2021 mit jeweils einer Milliarde Euro beteiligen, Gelder, die seitens des Landes 1:1 weitergegeben werden.



Raphael Tigges

MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN



CDU

Bericht aus dem Landtag in Düsseldorf

Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion



Im LVR-Industriemuseum in Oberhausen haben wir uns über viele Themen der

kommenden Monate ausgetauscht. Einen immer größeren Einfluss auf unsere Arbeit nimmt die Politische Kommunikation. Chancen und Herausforderungen wurden vorgestellt. Zum Thema Digitalisierung haben wir gleich einen Antrag auf den Weg gebracht. Dieser wird in den kommenden Wochen im Landtag beraten. Unter dem Schlagwort „Bildungsmonitor NRW“ haben wir uns über den Stand sowie die Zukunft der Bildungspolitik in NRW angesehen.

Schulpolitik: Debatte zu OGS und Verabschiedung des Gesetz zur Rückkehr zu G9

Im Bereich OGS stellte Rot-Grün den Antrag schnellstmöglich einen Ganztagsgipfel einzuberufen. Die CDU/FDP-Regierungskoalition lehnt solch einen Scheingipfel ab. Wir machen rechtssichere Politik in Absprache mit allen Beteiligten Schritt für Schritt. Erste Schritte sind bereits getan: Eltern ist es möglich, ihre Kinder aufgrund von regelmäßigen außerschulischen Bildungsangeboten oder familiären Ereignissen vom Ganztagsunterricht zu befreien. Des Weiteren wurde die Finanzierung verbessert: Bsp: Grundfreibetrag pro Schuljahr und Kind steigt von 766€ auf 812€ + 8000 neue Plätze.

Gesetzentwurf zur Rückkehr zu G9 ins Parlament eingebracht: Die Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren soll nicht zu Lasten anderer Schulformen gehen. Das Land wird als Partner der Kommunen die Kosten für zusätzliche Räume in Gymnasien übernehmen. Das Gesetz soll möglichst noch vor der Sommerpause verabschiedet werden.

Vertrauen in unsere Hochschulen stärken – Hochschulfreiheit wiederherstellen!

Es war wohl eine der fatalsten Leitentscheidungen der abgewählten rot-grünen Landesregierung im Bereich der Wissenschaftspolitik, die Hochschulfreiheit abzuschaffen und gegen ein Gesetz des Misstrauens einzutauschen. Zu Recht haben die Hochschulen dagegen aufbegehrt.

Die NRW-Koalition wird die Rahmenbedingungen schnellstmöglich und nachhaltig verbessern und zum bewährten Modell der Hochschulfreiheit zurückkehren. Dabei werden wir das Gesetz weiterentwickeln und die unnötigen Detailregulierungen zurücknehmen. Konkret: bevormundende und bürokratische Gesetze, allen voran der Hochschulentwicklungsplan, werden gestrichen; das Durchgriffsrecht des Landes fällt weg.

Besuch der Hochschule Düsseldorf mit dem Unterausschuss Landesbetriebe & Sondervermögen

Auf Einladung der Hochschule Düsseldorf tagten wir in deren Räumlichkeiten. Wir informierten uns über das Zusammenspiel des Landesbetriebes als ausführende Behörde mit der Universität als Auftraggeber am Beispiel einer Baumaßnahme an einer Hochschule. Interessant war es vor allem einmal die bau- und hochschulpolitischen Wünsche der Experten vor Ort zu hören, denn diese lassen sich auf viele andere Hochschulen übertragen. Besonders teuer sind Labore und spezielle Einrichtungen, so haben wir unter anderem einen Raum besichtigt, der Schall absorbiert.



er sind Labore und spezielle Einrichtungen, so haben wir unter anderem einen Raum besichtigt, der Schall absorbiert.



Raphael Tigges

MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN



CDU

Bericht aus dem Landtag in Düsseldorf

Gesprächstag der Arbeitskreise Familie, Kinder, Jugend und Schule & Bildung zu Themen der Familien-, Kinder- und Jugendpolitik



Dr. Carl Müller-Platz, Geschäftsführer
DBC-Don-Bosco-Club Köln gGmbH



Landesarbeitsgruppe der
Familienverbände NRW



Verband allein erziehender
Mütter und Väter NRW eV



Caritas in NRW mit
Diözesandirektoren

Johanniter NRW

Zu Gast bei den Johannitern NRW in Düsseldorf zur Podiumsdiskussion zur Zukunft der frühkindlichen Bildung in NRW mit Impulsen vom Staatssekretär im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, Andreas Bothe zum KiBiz und zur Kita-Finanzierung.



Minister Karl-Josef Laumann auf dem Zahnärztetag der ZKWL am 16.03. in Gütersloh

Die Zukunft der Ärzteversorgung vor allem im ländlichen Raum war das Kernthema des Kongresses. Der Minister für Gesundheit des Landes NRW, Karl-Josef



Laumann, ging intensiv darauf ein und sprach auch speziell zur

zahnärztlichen Versorgung auf dem Land. Auch die im Gesundheitsbereich im allgemeinen zur Zeit diskutierte Krankenhausentwicklung war ein Thema. An den Vortrag schlossen sich dann Gesprächsrunden mit dem Präsidenten der Zahnärztekammer, Herrn Dr. Klaus Bartling und dem Vorstandsvorsitzenden Herrn Dr. Holger Seib.

